

Geschäftstätigkeit in der Türkei

- No. 179 -

Assessor jur. Metin Demirkaya, Hannover

Die Türkei ist von drei Meeren klassischer Handelsrouten umgeben und Nahtstelle zweier Kontinente: Asien und Europa. Die Türkei war einst auch der Knotenpunkt klassischer Handelswege. Dort, am „Tor zum Osten“, nahm jene legendäre Seidenstraße ihren Anfang; seit jeher dient die Türkei als Drehscheibe für einen regen Austausch und vielfältigen Handel zwischen Kontinenten und Kulturen.

Die Türkei ist assoziatives Mitglied der EU. Mitte Dezember 1999 wurde der Türkei auf dem Gipfeltreffen in Helsinki zudem in der Zollunion der Status eines offiziellen EU-Beitrittskandidaten eingeräumt.

Ausländische Investitionen und Investitionsförderung

Die rechtliche Grundlage für ausländische Investitionen bilden hauptsächlich das Gesetz Nr. 6224 zur Förderung ausländischen Kapitals vom 18. November 1954 und die Rahmenbeschlüsse für ausländische Investitionen des Ministerrats von 1995. Des Weiteren ist die Türkei dem internationalen Kapitalenschutzabkommen beigetreten.

Daneben bestehen zusätzliche bilaterale Abkommen, so auch mit der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1962. Das Abkommen zwischen der Türkei und Deutschland dient dem gegenseitigen Investitionsschutz, dem ungehinderten Transfer von Kapital und Kapitalerträgen von Investoren sowie im Fall der Liquidation dem ungehinderten Transfer des Erlöses.

Die türkische Regierung wünscht nachdrücklich eine starke Beteiligung internationaler Investoren am umfassenden Privatisierungsprogramm. Darüber hinaus ist der Privatsektor aufgefordert, sich an großen Energie-, Telekommunikations- und Infrastrukturprojekten zu beteiligen. Um dies zu errei-

tern, wurde die türkische Verfassung dahingehend abgeändert, daß nunmehr die internationale Schiedsgerichtsbarkeit anerkannt wird. Damit ist ein

wichtiges Hemmnis für ausländische Direktinvestitionen beseitigt worden.

Leitende Prinzipien des Investitionsgesetzes

Leitender Grundgedanke des Investitionsgesetzes ist die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Investoren: Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung haben die gleichen Rechte und Pflichten wie einheimische Unternehmen.

Um in der Türkei investieren und geschäftlich tätig werden zu können, muß zunächst eine Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden. Zur Gründung eines Unternehmens oder zur Eröffnung einer Zweigniederlassung in der Türkei ist für jede natürliche oder juristische Person ein Mindestkapitalbeitrag von 50.000,- USD erforderlich.

Für ausländische Kapitalbeteiligungen bestehen grundsätzlich keine Beschränkungen. Ausgenommen sind die Bereiche Rundfunk und Fernsehen, Luftfahrt, Seetransport, die Erdölindustrie sowie der Bergbau.

An Rundfunk- und Fernsehstationen ist eine Beteiligung auf bis zu 20 Prozent, an Luftfahrt- und Seetransportunternehmen, Hafenverwaltungen und Telekommunikationsdiensten auf bis zu 49 Prozent begrenzt. Daneben unterliegen Investitionen im Immobilienhandel Einschränkungen. Engagements in den Bereichen Finanzwesen, Erdölindustrie und Bergbau erfordern Sondergenehmigungen.

Das Investitionsgesetz garantiert den freien Transfer von Gewinnen, Honoraren und Nutzungsgebühren ebenso wie den freien Transfer von Kapital im Falle von Liquidation oder Verkauf.

Für die Einstellung von Ausländern als Führungskräfte oder technische Mitarbeiter existieren keine Beschränkungen.

Verträge über Lizenzen, Know-how, technische Unterstützung und Management unterliegen keiner Ge-

nehmungspflicht. Derartige Verträge müssen jedoch beim Staatssekretariat für das Schatzamt registriert werden.

Die Aufnahme von Krediten aus dem Ausland ist ebenfalls an keine Genehmigung gebunden. Fremdwährungen (einschließlich Effekten), die zur Gründung von Unternehmen, zur Kapitalerhöhung oder zum Erwerb von Beteiligungen an türkischen Unternehmen aus dem Ausland transferiert werden, können auf Fremdwährungskonten blockiert werden.

Gesetzliche Regelungen zu Urheberrechten

Öffentliche und private Unternehmen müssen beim Generaldirektorat für ausländische Investitionen Verträge über Lizenzen, Know-how, technische Unterstützung, Management und Franchising eintragen lassen, die mit einer natürlichen oder juristischen Person mit Sitz im Ausland abgeschlossen werden. Derartige Verträge werden erst nach erfolgter Eintragung wirksam. Zahlungen, die sich aus der Umsetzung dieser Verträge ergeben, sind nach Maßgabe der Vertragsbestimmungen durch Banken ins Ausland zu überweisen. Die Höhe der Lizenz- oder Nutzungsgebühren kann von den Vertragsparteien frei festgelegt werden. Eine Höchstgrenze ist hierfür nicht vorgesehen.

Förderungen für ausländische Firmen

Im Rahmen der Befreiung von Zöllen und Fondsabgaben ist es möglich, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, die für eine Investition vorgesehen sind, ohne Zahlung von Zöllen und Fondsabgaben in die Türkei einzuführen. Die Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, die importiert werden sollen, müssen jedoch in der vom Generaldirektorat für ausländische Investitionen genehmigten Liste über zu importierende Maschinen und Ausrüstungsgegenstände aufgeführt sein. Rohstoffe und Halbfertigwaren fallen nicht unter diese Maßgabe.

Ausgaben für Gebäude, Maschinen, Ausrüstungsgegenstände, Transport und Einrichtungen, die im Rahmen der Bescheinigung über Investitionsförderung gemacht werden, kommen in den Genuß von Investitionsnachlässen, d.h. der Befreiung von der sonst zu erhebenden Körperschaftsteuer.

Die üblicherweise fällige Mehrwertsteuer für Importe oder auf dem Binnenmarkt beschaffte Maschinen und Ausrüstungsgegenstände entfällt bei der Einfuhr in der Türkei für Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, die in der vom Generaldirektorat für ausländische Investitionen genehmigten Liste über zu importierende Maschinen und Ausrüstungsgegenstände

ausgeführt sind. Für Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, die in der Türkei beschafft werden sollen, ist ebenfalls keine Mehrwertsteuer zu zahlen, wenn diese in der vom Generaldirektorat für ausländische Investitionen genehmigten Liste über Maschinen und Ausrüstungsgegenstände aufgeführt sind.

Investoren, die sich dazu verpflichten, nach Vollendung der Investition Exporte im Werte von 10.000,- USD durchzuführen, werden bei der Firmengründung, bei Kapitalerhöhungen innerhalb des Investitionszeitraums, der Aufnahme von Investitionskrediten mit einer Laufzeit von wenigstens einem Jahr sowie der Eintragung von Grundstücken und Vermögenswerten als Sachkapital von der Zahlung von Steuern, Gebühren und sonstigen Abgaben befreit.

Die Anwendung der allgemeinen Fördermaßnahmen richtet sich nach dem Standort und dem Umfang der Investitionen sowie dem Wirtschaftsbereich, in dem sie erfolgen. Zur Bewertung des Standorts wurde die Türkei in drei Zonen, den entwickelten Regionen, den Regionen erster Priorität und den normalen Regionen, unterteilt.

Zu den entwickelten Regionen zählen die Städte Istanbul und Kocaeli innerhalb ihrer Stadtgrenzen sowie die kommunalen Gebiete von Ankara, Izmir, Bursa, Adana und Antalya. Zu den Regionen erster Priorität gehören insgesamt 50 Städte, die vom Ministerrat festgelegt werden. Alle übrigen Städte zählen zu den normalen Regionen.

Um diese Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen zu können, sind in den entwickelten und normalen Regionen zugesagte Investitionen in Höhe von mindestens 400 Mrd. TRL erforderlich. Für die Regionen erster Priorität beträgt die Mindestinvestitionssumme 200 Mio. TRL.

Schritte bei der Gründung einer Firma

Die Eintragung einer türkischen Firma in der Türkei zwecks Geschäftsgründung dauert durchschnittlich höchstens drei Wochen.

Bei der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer Aktiengesellschaft in der Türkei sind jedoch einige Besonderheiten zu beachten.

Juristische Personen mit Sitz im Ausland müssen beim Generaldirektorat für ausländische Investitionen einen Geschäftsbericht des zurückliegenden Jahres sowie eine Bescheinigung über geschäftliche Aktivitäten einreichen. Diese muß vom zuständigen türkischen Konsulat oder gemäß den Bestimmungen des Abkommens über die Abschaffung des Erfordernis-

ses der Genehmigung von ausländischen amtlichen Dokumenten beglaubigt sein.

Natürliche Personen mit Sitz im Ausland müssen zunächst eine vom Notar beglaubigte Kopie des Reisepasses, die Firmenstatuten der zu gründenden Firma sowie detaillierte Angaben über den geschäftlichen und betrieblichen Hintergrund, der durch Unterlagen zu belegen ist, beim Generaldirektorat für ausländische Investitionen einreichen. Darüber hinaus ist eine Absichtserklärung abzugeben, in der angegeben werden muß, daß jeder ausländische Partner wenigstens 50.000,- USD als Firmenkapital in die Türkei bringen wird. Außerdem ist eine von den Anteilseignern ausgestellte Vollmacht auf die Person beizufügen, die bei der Anmeldeprozedur als Ansprechpartner auftreten wird.

Zur Veröffentlichung der Firmengründung ist ein entsprechender Antrag beim Ministerium für Handel und Industrie zu stellen.

Zur Bestätigung der Genehmigung muß anschließend beim Generaldirektorat das Original der Genehmigung und das Handelsregisterblatt, in dem die Gründung der Firma bekanntgegeben wurde, eingereicht werden. Falls das ausländische Kapital als Fremdwährung in die Türkei gebracht und in TRL umgetauscht wurde, muß den Unterlagen außerdem der Umtauschbeleg beigelegt werden. Wird Fremdwährung auf einem Fremdwährungskonto gehalten, ist ein entsprechender Bankauszug erforderlich. Auf dem Umtauschbeleg bzw. auf dem Bankauszug muß der Name der Firma und des ausländischen Partners, das Land, aus dem die Fremdwährung überwiesen wurde, der Geldbetrag, der Gegenwert der Fremdwährung in USD, der Gegenwert in TRL sowie das Land anzugeben, aus dem die als Firmenkapital vorgesehene Fremdwährung stammt.

Für die Beschaffung der Genehmigung für Landnutzung, für Planungsgenehmigungen und Baugenehmigungen werden in der Regel ein bis 15 Tage benötigt. Die für die Erteilung dieser Genehmigungen zu erhebenden Gebühren sind gering.

Zentrale staatliche Behörde zur Förderung von ausländischen Investitionen in der Türkei ist das dem Staatssekretariat für das Schatzamt untergeordnete Generaldirektorat für ausländische Investitionen.

Freizonen

Mit dem vorrangigen Ziel, die Wirtschaft des Landes international wettbewerbsfähiger zu machen und die Unterschiede in der regionalen und sektoralen Wirtschaftsentwicklung auszugleichen, sind in der Türkei

regional übergreifende sogenannte Freizonen, d.h. steuerfreie Zonen geschaffen worden.

Einnahmen aus geschäftlichen Tätigkeiten in diesen Zonen sind von sämtlichen Steuern befreit, einschließlich Einkommens-, Körperschafts- und Mehrwertsteuer.

Die bürokratischen Vorgänge im Zusammenhang mit der Anmeldung und geschäftlichen Tätigkeiten wurden auf ein Minimum reduziert. Mit der Abwicklung dieser Vorgänge wurde eine einzige Behörde beauftragt.

Im Gegensatz zu den meisten internationalen Freizonen ist der Verkauf von Waren, die in der Freihandelszone hergestellt wurden, auf dem Binnenmarkt gestattet. Bei Verkäufen auf dem Binnenmarkt wird jedoch eine Gebühr in Höhe von 0,5 Prozent des Wertes fällig.

Einkünfte aus Freizonen können frei in jedes beliebige Land, einschließlich der Türkei, transferiert werden. Hierzu bedarf es weder einer Genehmigung, noch fallen dabei übliche Steuern, Gebühren oder sonstige Abgaben an.

Die türkischen Freizonen befinden sich in der Nähe zu großen türkischen Häfen am Mittelmeer, der Ägäis und dem Schwarzen Meer. Die Freizonen haben darüber hinaus gute Verbindungen zu internationalen Flughäfen und Autobahnen.

Mieter erhalten eine Genehmigung zur Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit für maximal zehn Jahre. Wer in den Freizonen sein eigenes Büro errichtet, erhält eine Genehmigung für 20 Jahre. Falls die Genehmigung für einen Waren produzierenden Betrieb ausgestellt wird, beträgt die maximale Genehmigungsfrist 15 bzw. 30 Jahre. Betriebsgenehmigungen können je nach Investition auf bis zu 99 Jahre verlängert werden.

Für den Zeitraum der ersten zehn Jahre nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit sind Streiks und Aussperrungen untersagt. Streitigkeiten, die in diesem Zeitraum im Rahmen der Tarifabmachungen auftreten, werden vom obersten Schiedsgericht beigelegt.

Die geographische Lage der Türkei bietet den Benutzern türkischer Freizonen erhebliche Vorteile.

In den Freizonen gibt es keinerlei Beschränkungen über die Höhe ausländischer Beteiligung. Es kann dort jegliche frei konvertierbare Fremdwährung, die von der Zentralbank der Türkei akzeptiert wird, verwertet werden.

Es gibt keinerlei gesetzliche Beschränkungen für Preise, Normen oder Qualität. Die Infrastruktur in den Freizonen entspricht internationalen Standards.

Sämtliche Gesetze, die den Bestimmungen der Freizonen widersprechen, haben in den Freizonen keine Gültigkeit. Hierzu gehören das Kommunalgesetz, das Paßgesetz, das Gesetz über ausländische Investitionen sowie das Gesetz über Anreize für ausländische Investitionen.

15. April 2003

Véronique Demarne, Juriste (F); Michail B. Chidekel, LL.M., Advokat (RUS); JUDr. Yvona Rampáková, Juristin (CR); Dr. jur. Xiaoqing Zheng, Legal Counsel (CN); Ola Olusanya LL.M. Lawyer (UK), Dr. jur. Soendoro Soepringgo, S.H, Legal Counsel (RI); Egbert Dittmar, Rechtsanwalt ; Isabelle Schmidt, B.Proc., Attorney (RSA); Jaroslaw Grycz, Rechtsanwalt (D); Metin Demirkaya, Assessor jur. (TK).

KORRESPONDENTEN (Ausland)

in Amsterdam, Athen, Bangkok, Barcelona, Bombay, Brüssel, Budapest, Bukarest, Helsinki, Kiew, Kopenhagen, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mailand, Moskau, New York, Oslo, Paris, Peking, Prag, Singapur, Sydney, Stockholm, Tokio, Warschau, Wien, Zürich.

VERLAG

CASTON Wirtschaftsdienst GmbH,
Luisenstr. 5, D - 30159 Hannover,
Telefon 0511 - 30756-50, Telefax 0511 - 30756-60
eMail info@caston.info; Internet www.caston.info

Alle Angaben erfolgen nach bestem Wissen; die Haftung ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Herausgeber.

www.caston.info

Mehrere tausend Beiträge zu Recht & Wirtschaft International finden Sie kostenfrei im Internet bei caston.info. Dort können Sie nach Schlagwort und Sachgebieten recherchieren.

Unsere Titelliste erhalten Sie auch per Fax.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

HERFURTH & PARTNER, Rechtsanwälte ·
Hannover · Göttingen · Brüssel; www.herfurth.de
Member of EUROLAW GROUP, Paris www.eurolaw.de

REDAKTION (Hannover)

verantw.: Ulrich Herfurth, Rechtsanwalt (D) zugelassen in Hannover und Brüssel; Sibyll Hollunder-Reese, M.B.L., Rechtsanwältin (D).

unter Mitarbeit von Kenneth S. Kilimnik, LL.M., M.IUR., Attorney at Law (USA); Angelika Herfurth, Rechtsanwältin (D); Jens-Uwe Heuer, Rechtsanwalt (D); Dr. jur. Konstantinos Massouras, Rechtsanwalt (D) und Dikigoros (GR); Thomas Gabriel, Rechtsanwalt (D), Daniela Rott, Rechtsanwältin (D) ; Carlota Simó del Cerro, LL.M., Abogada (ES); Belén Martínez Molina, Abogada (ES), Dr. jur.

HERFURTH & PARTNER

RECHTSANWÄLTE · HANNOVER · GÖTTINGEN · BRÜSSEL · HERAUSGEBER